



An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Guido Rötzer
Hauptstraße 32
63486 Bruchköbel

Uwe Ringel
Fraktionsvorsitzender (B90/
Die Grünen)
Monika Pauly
Fraktionsvorsitzende (SPD)
Katja Lauterbach
Fraktionsvorsitzende (FDP)
Reiner Ochs
Fraktionsvorsitzender (CDU)

Bruchköbel, 11.05.2026

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Rötzer,

wir bitten um Aufnahme des nachfolgenden Antrags auf die Tagesordnung zur nächsten Stadtverordnetensitzung

Antrag FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU

Interfraktioneller Antrag:

Resolution der Stadtverordnetenversammlung Bruchköbel

Zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung und zum Erhalt des
Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel:

Die Stadtverordnetenversammlung Bruchköbel nimmt mit großer Sorge die Pläne der Kassenärztlichen Vereinigung zur Schließung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes zur Kenntnis. Die geplanten Maßnahmen gefährden die medizinische Versorgung der Bevölkerung außerhalb der regulären Praxiszeiten und stellen eine erhebliche Belastung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die umliegenden Kommunen dar. Angesichts der demografischen Entwicklung und der Bedeutung einer flächendeckenden Versorgung ist die Sicherstellung des Bereitschaftsdienstes von zentraler Bedeutung für die Region. Als der Ärztliche Bereitschaftsdienst in Langenselbold im Jahr 2019 geschlossen wurde, lag der Fokus zukünftig auf dem Notdienst in Bruchköbel. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass jetzt eine weitere Zentralisierung in Hanau stattfinden soll und das regionale Umland von Hanau weiter abgehängt wird.

Der Ärztliche Bereitschaftsdienst gewährleistet eine medizinische Versorgung außerhalb der regulären Öffnungszeiten der Arztpraxen und ist somit unverzichtbar für die Gesundheitsversorgung in Bruchköbel und den umliegenden Städten und Gemeinden. Insbesondere für ältere Menschen, Familien mit Kindern, chronisch Kranke und Personen mit eingeschränkter Mobilität stellt der Bereitschaftsdienst eine lebenswichtige Anlaufstelle

dar. Darüber hinaus entlastet der Bereitschaftsdienst die Notaufnahmen der Krankenhäuser und sorgt für eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Behandlung, die nicht nur medizinisch, sondern auch sozial von großer Bedeutung ist.

Die Schließung oder Einschränkung des Bereitschaftsdienstes hätte gravierende Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit in Bruchköbel und weiteren Kommunen der Region. Bürgerinnen und Bürger müssten längere Wege, höhere Wartezeiten und eine schlechtere Erreichbarkeit medizinischer Hilfe außerhalb der Praxiszeiten in Kauf nehmen. Dies betrifft insbesondere vulnerable Gruppen, für die eine zeitnahe medizinische Betreuung essenziell ist. Eine Einschränkung des Bereitschaftsdienstes würde zudem das zivilgesellschaftliche Vertrauen in die Gesundheitsinfrastruktur nachhaltig beeinträchtigen und die Belastung der Notaufnahmen weiter erhöhen.

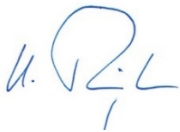
1. Die Stadtverordnetenversammlung Bruchköbel fordert die zuständigen Behörden und Entscheidungsträger auf, die geplante Schließung oder Einschränkung des Bereitschaftsdienstes umgehend zu revidieren.
2. Es sind alternative Lösungen zu prüfen und umzusetzen, die eine flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen, beispielsweise durch Kooperationen mit benachbarten Gemeinden, innovative Versorgungsmodelle oder den Ausbau digitaler Angebote.
3. Die Kassenärztliche Vereinigung wird aufgefordert, die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen transparent und nachvollziehbar darzulegen, insbesondere hinsichtlich der Versorgungssicherheit für verschiedene Bevölkerungsgruppen.
4. Es sollen Anhörungen relevanter Akteure, darunter Vertreter der Kommunen, Ärzte und zivilgesellschaftliche Initiativen, stattfinden, um eine umfassende Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung Bruchköbel fordert die Offenlegung aller relevanten Daten zur Versorgungssituation, zu Patientenzahlen, Erreichbarkeit und den Auswirkungen einer Einschränkung des Bereitschaftsdienstes. Eine transparente Kommunikation und die Einbindung aller betroffenen Akteure sind unerlässlich, um eine tragfähige und akzeptierte Lösung zu erreichen.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Bürgermeisterin der Stadt Bruchköbel, den Main-Kinzig Kreis, die Bürgermeisterdienstversammlung, die Landespolitik und die Gesundheitsorganisationen, sich aktiv für den Erhalt des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes bei der Kassenärztlichen Vereinigung einzusetzen. Gleichzeitig wird das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Eine breite

Unterstützung aus der Bevölkerung ist ein entscheidender Faktor für die Sicherstellung einer nachhaltigen medizinischen Versorgung.

Die Stadtverordnetenversammlung Bruchköbel bekräftigt ihre Ablehnung der geplanten Schließung oder Einschränkung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Bruchköbel. Die medizinische Versorgung außerhalb der regulären Praxiszeiten ist für die Sicherheit und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, alternative Lösungen zu entwickeln und die Belange der Bevölkerung ernsthaft in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die Stadtverordnetenversammlung steht geschlossen hinter diesen Forderungen und wird die Entwicklungen weiterhin kritisch begleiten.



Uwe Ringel
(B90/Die Grünen)



Monika Pauly
(SPD)



Katja Lauterbach
(FDP)

gez. Reiner Ochs
(CDU)